Nr. 104 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 52

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Wertelljährl. 60,— M., monatl. 20,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 54,— M., für das übrige Ausland 72,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 2. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Aufstände in Georgien.

Die georgische Gesandtschaft in Konstantinopel erfährt nachfolgendes über die letzten Vorgänge in Georgien:

Am 11. Februar, dem Jahrestage des russisch-bolschewistischen Ueberfalles auf Georgien, wurden in Tiflis, Batum, Kutais und vielen anderen Orten Massenkundgebungen gegen die russische Okkupation veranstaltet. Die Bevölkerung füllte in dichten Reihen die Straßen. Ueber den Köpfen der Demonstranten bewegte sich ein Wald von schwarzen Fahnen, es wimmelte von Plakaten mit den Aufschriften: „Wir fordern die Befreiung Georgiens von den russischen Truppen! Nieder mit den Okkupanten!" usw.

In Kutais war die gesamte Bevölkerung auf den Straßen. In Batum wurden von der Menge der Präsident des kommunistischen „Revolutionskomitees" Gambaroff und mehrere andere Agenten der Okkupationsbehörden verprügelt. Die Besatzungstruppen beschossen die Manifestanten, die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

An vielen Orten waren die Sowjetbehörden aus den Amtsgebäuden geflüchtet und hielten sich mehrere Tage versteckt. Die Gewalt lag in den Händen der Bevölkerung. Der Eisenbahnverkehr stockte gänzlich. Die Geschäftsläden und Bureaus waren im ganzen Lande geschlossen. Dort, wo sich die Okkupationsbehörden noch in Sicherheit fühlten, ließen sie Massenverhaftungen vornehmen; in Batum allein wurden 500 Personen verhaftet. Ueber das ganze Land ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Bevölkerung ist dem Hungertode ausgeliefert. Alle Lebensmittel sind verschwunden. Die russischen Sowjetrubel haben keine Kaufkraft. Die Bauern verlangen georgische Bons, die aber aus dem Verkehr gänzlich verschwunden sind. Die russischen Truppen plündern und rauben. Am 9. Februar pogromierten die Soldaten die Kaufläden in Tiflis; sieben Kaufleute wurden getötet. Bei den russischen Behörden herrscht Panik. Ein Teil der geraubten Güter wird — soweit die Verkehrsmittel es erlauben — schleunigst nach Rußland abtransportiert.

Der Tag der Befreiung Georgiens rückt näher heran.

•

Moskau, 1. März. (Intel.) Auf Grund umfassenden Materials — so gibt die politische Abteilung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten bekannt —, das die terroristische Tätigkeit der Partei der Sozialrevolutionäre während des Bürgerkrieges beweist, ist das Zentralkomitee der Partei der Sozialrevolutionäre und eine Reihe ihrer Mitglieder dem Obersten revolutionären Tribunal überwiesen. Eine jetzt im Auslande erschienene Broschüre des Leiters der Terrorgruppen der Sozialrevolutionäre bringe umfassende Beweise für die Terrorakte dieser Partei und ihre Attentate auf bedeutende Sowjetführer. Die Aussagen eines hervorragenden Mitgliedes der Partei, Lydia Konoplewa, hätte die Angaben der genannten Broschüre, deren Autor den Namen Semjonow (Wassiljew) führt, erhärtet.

Sowjetrussische Befürchtungen.

London, 2. März. (EP.) „Daily Herald" veröffentlicht eine Erklärung des sowjetrussischen Vertreters in Rom, Worowski, der behauptet, die wahre Ursache der Verschiebung der Konferenz von Genua liege darin, daß gegenwärtig eine neue gegenrevolutionäre Offensive in Südslawien, Italien und Ungarn vorbereitet werde. 31 000 Mann seien bereits in der Nähe von Belgrad aufgestellt, wo sich auch General Wrangel befindet. Die französische Diplomatie unterstütze Wrangel, weil sie hoffe, daß dadurch die Stellung der russischen Delegierten in Genua geschwächt werde. Die Armee Wrangel solle im Augenblick der Eröffnung der Konferenz von Genua gegen Rußland vorstoßen. Französischerseits wird diese Meldung als völlig unwahr bezeichnet.

Die Verschiebung der Konferenz erscheint durch die Wackligkeit der vom Parlament noch nicht bestätigten Regierung de Facto wohl auch begründet.

Paris, 2. März. (EP.) Tschitscherin richtete an die Alliierten die Bitte, die Konferenz von Genua bereits am 26. März eröffnen zu lassen. Es scheint, daß Frankreich nicht geneigt ist, die Konferenz vor dem 10. April eröffnen zu lassen.

Gegen die Berliner Konferenz.

Moskau, 2. März. (Intel.) Nachdem Sinowjew in der Exekutive der Dritten Internationale über die Frage der Einheitsfront gesprochen hatte, sagte der Korreferent Daniel Renoult-Paris, daß auch die französische KP. gewillt sei, in bestimmten Aktionen für bestimmte Forderungen mit den anderen Arbeiterparteien zusammenzugehen, wenn es auch infolgedessen zu einem Uebereinkommen mit den Sozialdemokraten kommen sollte. Doch wendet er sich sehr scharf dagegen, mit der sozialistischen Partei eine Einheitsfront zu bilden. Die französische Partei könne die parlamentarische Unterstützung, die die Kommunisten in Sachsen, Thüringen und Schweden den Sozialdemokraten gewähren, nicht billigen. Den Plan einer internationalen Konferenz erachten die französischen Kommunisten als unannehmbar. An einer Konferenz teilzunehmen, auf der auch die französischen Sozialdemokraten vertreten wären, würden sich die revolutionären Syndikalisten Frankreichs weigern.

Lloyd Georges Rücktrittsdrohung.

Köln, 2. März. (WTB.) Eine Londoner Meldung der (hier in englischer Sprache erscheinenden) „Cologne Post" bestätigt, daß Lloyd George an Austin Chamberlain einen Brief gerichtet hat, in dem er ihm auseinandersetzt, daß er nicht länger mit ihm zusammengehen könne, wenn Sir George G. T. Younger als Wortführer der Konservativen Partei auftreten dürfe. Er sei willens, mit Chamberlain und Balfour zusammenzuarbeiten, solange sie Wortführer der Parteien seien. Der Ministerpräsident kündigte den Führern des unionistischen Flügels der Koalition an, daß sie wählen müßten: entweder sei die Koalition vollkommen loyal oder er trete als erster Minister und Führer der Koalition zurück.

London, 2. März. (Intel.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald" will aus gut informierter Quelle erfahren haben, daß die allgemeinen Wahlen in England Ende April oder Anfang Mai stattfinden werden. Die Ursache für die frühzeitigere Ansetzung der Wahlen sei u. a. die Niederlage der Koalition in den letzten Nachwahlen, die Erklärung einer der wichtigsten Sektionen der Unionspartei, daß sie die Koalitionspolitik nicht mehr kritiklos hinnehmen werde, sowie endlich die Meinungsverschiedenheiten in der Regierung über den Bericht der Ersparniskommission Geddes'. Lloyd George habe damit gerechnet, daß die Konferenz von Genua seine Popularität steigern und seine Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens in besonderem Lichte zeigen werde. Doch könne sich nun auch Lloyd George nicht mehr verhehlen, daß er sich in diesen Hoffnungen arg getäuscht habe.

Sir George Younger ist der Organisator der Konservativen, die zur Regierungskoalition gehören. Er hat die Forderung aufgestellt, daß keine Wahl stattfinden solle, ehe das Oberhaus „reformiert" sei, was die Konservativen im reaktionären Sinne verstehen. Da es Lloyd Georges größter Vorkriegserfolg war, das Einspruchsrecht des Oberhauses abgeschafft zu haben, was die jetzige Gewährung der Selbstregierung an Irland erst ermöglicht hat, ist die Haltung Lloyd Georges nur konsequent für einen Mann, der gut genug weiß, daß jede reaktionäre Tat der Liberalen den sicheren Wahlsieg der Arbeiterpartei nur noch vergrößern müßte.

Aus London wird weiter gemeldet: Bis gestern abend hat sich in der politischen Krise nichts geändert, indessen deuten Anzeichen darauf hin, daß die Anhänger der gemäßigten Richtung alles tun, um die Koalition zu retten. — „Daily Chronicle" erklärt: Balfour unterstützt Lloyd George gegen die Unversöhnlichen in der konservativen Partei und beabsichtigt, sie demnächst öffentlich zu fragen, welches ihre Politik sein würde, wenn sie die Koalition niedergeworfen hätten. — „Westminster Gazette" sagt: Die Koalition ist zerbrochen, weil sie ein unnatürliches Bündnis darstellt und zu Kompromissen und Ausflüchten gezwungen war. — „Daily Telegraph" schreibt: In wohlunterrichteten Kreisen herrscht die Hoffnung vor, daß man die Schwierigkeiten überwinden wird und die Koalition vor einem Bruch bewahrt werden wird. — Laut „Times" bestehen scharfe Gegensätze in der unionistischen Partei hinsichtlich der Frage, ob man Lloyd George folgen soll. Das Blatt meint: Wahrscheinlich wird die große Mehrheit der Führung Chamberlains folgen. In einigen Kreisen wird vorgeschlagen, Balfour aufzufordern, ein „Verlegenheits"-Kabinett zu bilden, und zwar mit Unterstützung der Unionisten, die eine ausreichende Mehrheit über alle übrigen Parteien im Unterhause besitzen. Indessen würde eine solche Regierung mit der Zeit auf Schwierigkeiten stoßen.

Poincaré klagt an.

Paris, 2. März. (EP.) Auf einem Bankett der englisch-amerikanischen Presse hielt Poincaré eine Rede, in der er erklärte, der einzige Ehrgeiz Frankreichs bestehe darin, Reparationen für seine Schäden und Garantien für seine Sicherheit zu erhalten. Eine von schlechten Absichten geleitete Propaganda versucht zwar, Frankreich als ein imperialistisches und militaristisches Land hinzustellen. Nicht in Frankreich gibt es Generäle, die, wie auf der anderen Seite des Rheins, kriegerische Vorträge halten. Nicht in Frankreich, sondern in Deutschland ist gerade gestern eine offizielle Artillerie-Schießvorschrift veröffentlicht worden, die den Offensivkrieg in begeisterter Weise rühmt. Nicht in Frankreich versuchen die Marschälle und Generäle, eine lärmende Popularität zu erstreben. Poincaré schloß: Die Führer, die unsere Soldaten im Kampf geführt haben, achten die zivile Gewalt. Wir zählen darum auf Sie, daß Sie Ihren Landsleuten die Notwendigkeit klar machen, der wir gehorchen müssen und ihnen in vollem Licht die wahre Gestalt Frankreichs zeigen.

Düsseldorf, 2. März. („Köln. Ztg.") Hier begann gestern die Verhandlung des französischen Kriegsgerichts gegen 29 der Geheimbündelei beschuldigte Einwohner Düsseldorfs. Alle bisher vernommenen Angeklagten erklärten, nichts gegen die Besatzungstruppen geplant zu haben, da sie öffentlich nur aufgetreten wären, wenn nach Abzug der Besatzungstruppen im Inland Unruhen ausgebrochen wären. Acht Beschuldigte sind außer Verfolgung gesetzt.

Hände weg vom Achtstundentag!

Wollte man die Auslassungen der bürgerlichen Parteien gelten lassen, dann wäre an unserem ganzen wirtschaftlichen Elend nur die Einführung des Achtstundentages schuld und deshalb seine schleunigste Beseitigung notwendig, um aus der ganzen Misere wieder herauszukommen. Die Unternehmerpresse kann sich bei ihrer Beweisführung auf gelegentliche Auslassungen in den „Sozialistischen Monatsheften" stützen.

Neuerdings wird in Artikeln gegen den Achtstundentag auch eine Aeußerung des württembergischen Arbeitsministers, Genossen Keil, auf der Frankfurter Messe zitiert, wonach der Achtstundentag kein unabänderliches Dogma sei. Wären die Verhältnisse der Nachkriegszeit nur mit größerer Leistung als mit täglich acht Stunden zu beseitigen, so müsse die Frage der Arbeitszeit neu zur Erörterung gestellt werden. Ob und inwiefern diese Auslassung notwendig war, sei dahingestellt, an sich ist sie durchaus richtig und sozialistisch. Der Beweis aber, daß der Achtstundentag das Hindernis ist, müßte doch zunächst einmal geliefert werden. Außerdem wäre die Probe aufs Exempel zu machen, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen in zehn Stunden tatsächlich erheblich mehr geleistet werden kann und geleistet würde. Für Industrien, die derart stark beschäftigt sind, daß sie nicht wissen, wie sie die Aufträge bewältigen können, läge doch wohl nichts näher, als anstatt den achtstündigen, den 16- oder den 24stündigen Betrieb einzuführen, zwei oder drei Schichten, wogegen kein Arbeiter etwas einwenden wird. Die Idee aber, daß bei den gegenwärtigen Löhnen, ihrem Realwerte nach, aus den einzelnen Arbeitern eine intensivere Arbeitsleistung bei mehr als achtstündiger Arbeitszeit herauszuholen sei, ist absurd.

Um gegen den Achtstundentag scharf zu machen, beruft sich die Unternehmerpresse darauf, daß Arbeiter in Betrieben mit regelmäßigen größeren Arbeitspausen — erwähnt werden insbesondere die schon berühmt gewordenen Schrankenwärter — sich gegen die Ausnützung der Pausen zu anderen Arbeiten wendeten. Erst kürzlich ist im „Vorwärts" darauf hingewiesen worden, daß Schrankenwärter nebenbei mit — Besenbinden beschäftigt werden. Sie könnten auch mit dem Vorrichten von Arbeitsgeräten für Eisenbahnarbeiter, der Herstellung mancher Werkzeuge oder ähnlichen Dingen beauftragt werden. In Privatbetrieben wird in dieser Weise bereits jede Minute auszunutzen gesucht, ohne daß die Arbeiter sich dagegen wenden. In den acht Stunden wollen sie ja arbeiten, und es ist Sache der Unternehmer, ihnen die nötige Beschäftigung während der Pausen zuzuweisen.

Die Einführung des Achtstundentages erfordert natürlich eine gewisse Umstellung der Betriebe, eine Verbesserung der Betriebsweise, die Einführung rationellerer Arbeitsmethoden. In dieser Beziehung ist aber bis heute im großen Ganzen soviel wie nichts geschehen. Man bleibt bei den alten vorkriegszeitlichen Methoden und schilt über den Achtstundentag. Wenn all der Witz, der bisher gegen den Achtstundentag aufgewendet wurde, in der Richtung einer Verbesserung der Betriebseinrichtungen und der Arbeitsmethoden gebraucht worden wäre, dann müßten die fortgesetzten Klagen gewisser Unternehmerkreise über den Achtstundentag zum größten Teil verstummt sein. Der Arbeiter hat kein Interesse daran, daß weniger Arbeit geleistet wird als früher. Doch er allein kann nichts dazu tun, die Arbeitsleistung ergiebiger zu gestalten, wenn es an der Betriebsleitung fehlt.

Der Achtstundentag ist ein Fortschritt, dessen Bedeutung wir heute kaum ahnen. Er ist eine gegebene Größe, mit der zu rechnen ist. Stellen sich die Unternehmer auf diesen Standpunkt, dann wird das für sie weit wertvoller sein als die Versuche, den Achtstundentag wieder zu beseitigen. Kindisch ist es, alles beim alten zu lassen und lediglich gegen die achtstündige Arbeitszeit zu wettern, weil sie eine sozialistische Forderung war. Darum bedeutet sie nicht minder, sondern erst recht den Hebel zu großen Umwälzungen in der Arbeits- und Betriebsweise wie im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben.

Freilich, die Verfechter des Achtstundentages hatten sich seine Einführung unter anderen Verhältnissen gedacht, als sie sich durch den Krieg und dessen Folgeerscheinungen in Deutschland herausgebildet haben. Allein der Industriearbeiter hat sich heute schon fast durchweg auf den Achtstundentag eingestellt durch Pachtung von Laubenland und dergleichen. Es wäre an der Zeit, daß nun auch die privaten und die staatlichen Betriebe den ernsthaften Versuch machten, sich ebenfalls darauf einzustellen, alle zweckdienlichen Vorkehrungen zu treffen, um etwaige Minderleistungen wettzumachen. Es mag bequemer sein, fortgesetzt scharf zu machen für die Durchlöcherung und Verdrängung des Achtstundentages. Nützlicher ist zweifellos der andere Weg, sich endlich damit abzufinden und das Nötige dazu zu tun, um seine Durchführung fruchtbringend zu gestalten.

Der Achtstundentagarbeiter wird mehr und bessere Arbeit leisten als der Zehnstundentagarbeiter, zumal bei mindestens gleichartiger Ernährungsweise. Ihm aber die ganzen Reparationslasten allein aufzubürden, ist ein so gewagtes Experiment, daß man es nicht machen dürfte, soll der Schaden nicht ungemein größer sein als der Vorteil. Der deutsche Arbeiter ist nun einmal mit allen seinen Mängeln kein Kuli mehr. Auch den Vertretern der Entente muß begreiflich gemacht werden, daß der deutsche Arbeiter unter den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen in seiner Arbeitsausdauer unmöglich so leistungsfähig sein kann als in der Vorkriegszeit. Ein gefährlicher Versuch würde es immer sein, den Arbeitern und Angestellten die wichtigste sozialpolitische Errungenschaft der Revolution, den Achtstundentag, auch noch zu rauben.

In die Wolfsschlucht?

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die dritte Lesung des Reichsmietengesetzes ist im Reichstag vertagt worden, unmittelbar nach dem Vorstoß des Bodenkapitals am vorigen Sonntag. Ist das Gesetz gefährdet? Das Bodenkapital hofft es. Das muß zu denken geben. Gewiß hat das Gesetz, wie jede gesetzliche Regelung, mit der unvermeidlich Lasten verbunden sind, zunächst auch bei den Mieterverbänden eine gemischte Aufnahme gefunden. Aber die Art, wie jetzt der Grundbesitz dagegen ankämpft, hat ganz andere Gründe. Das Gesetz will die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen den gegenwärtigen Zeitverhältnissen anpassen, es will die Geldmittel für die unerläßlich gewordene Ausbesserung der Wohnungen sicherstellen. Was wollen seine Gegner? Sie wollen natürlich auch, daß die Mieter zahlen und noch viel mehr zahlen. Aber sie streben freie Verfügung über die so gewonnenen Mittel an. Sie wollen am liebsten die ganze Wohnungszwangswirtschaft und den Mieterschutz von heute auf morgen beseitigen. Das ist vorläufig aussichtslos, und derartig überspannte Forderungen schaden letzten Endes den Vermietern ebenso wie den Mietern.

Was wird, wenn das Reichsmietengesetz zustande kommt? Dann wird eine mäßige Erhöhung der Mieten die Geldmittel erbringen, die unbedingt notwendig sind, um dem fortschreitenden Verfall der Wohnungen zu steuern. Dann werden, vermittels eines Ausgleichsfonds, insbesondere für die mitgenommenen Wohnviertel der ärmeren Bevölkerung und des werktätigen Volkes die längst notwendigen Ausbesserungen durch Mitbelastung der stärkeren Schultern möglich. Mieter und Vermieter fahren gut dabei, denn dem Mieter wird die Wohnung, dem Vermieter das Haus vor Zerstörung geschützt.

Das Baugewerbe und die ganze große Zahl der anderen Gewerbezweige, die am Baugewerbe interessiert ist, werden belebt, erhalten Aufträge und Arbeit, und das ist im Hinblick auf die neuerdings zu verzeichnende Verschlechterung des Arbeitsmarktes wahrhaftig zu wünschen. Es ist für das Baugewerbe um so wertvollere Arbeit, als bekanntlich gerade Reparaturen sich zum großen Teil auch in der schlechten Jahreszeit erledigen lassen, also der Verminderung der gefürchteten Saisonarbeitslosigkeit dienen. All das geschieht aber nur, wenn das Gesetz zustande kommt. Wird der Entwurf abgelehnt, dann geschieht zunächst gar nichts. Dann verfallen die Wohnungen weiter, sind die Mieter gesundheitlich gefährdet, sehen die Vermieter mehr und mehr den Wert ihrer Häuser dahinschwinden, gehen ungeheure und unersetzliche volkswirtschaftliche Werte verloren. „Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht!" Mit diesem Schlagwort glaubte die Deutschnationale Volkspartei den Gesetzentwurf abtun zu können. Wenn irgend etwas, dann dürfte diese Bewertung aus solchen Kreisen dem Volk die Augen öffnen über die Bedeutung des Gesetzes.

Wie war's in Frankfurt a. M.?

Die sozialistische Fünfländerkonferenz von Frankfurt a. M. war vertraulich. Pressevertreter waren nicht zugelassen, und die Delegierten wurden verpflichtet, nichts über die Verhandlungen in die Presse gelangen zu lassen, als was vom Bureau selbst veröffentlicht wurde. Der „Vorwärts" hat sich an diese Vereinbarung, ohne von ihr entzückt zu sein, gehalten und streng nach ihr gehandelt.

Jetzt zeigt sich, wie wenig glücklich jene Anordnung war, denn an Stelle einer geregelten Berichterstattung treten in der Presse tendenzlös zurechtgemachte Brocken, die von Horchern an der Wand erhascht worden sind. Erstaunlicherweise ist nun gerade die „Rote Fahne", deren Partei in Frankfurt bekanntlich gar nicht vertreten war, in der Lage, über den Verlauf der Konferenz in besonders ausführlicher, wenn auch durchaus verzerrter Weise berichten zu können. Das Material kann nur von einem Leviten oder einem Linksunabhängigen stammen. In jedem Fall handelt es sich um eine grobe Illoyalität.

Geradezu albern ist die Behauptung, die französischen Genossen hätten im Gegensatz zu den englischen die Politik Poincarés vertreten und seien damit durch die Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten und Unabhängigen durchgedrungen. Richtig ist nur, daß Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob der Abschluß von Bündnissen allgemein für unzulässig erklärt werden sollte und in welcher Weise die Last der Pensionen, die nach übereinstimmender Auffassung Deutschland abgenommen werden soll, zu tragen sei. „Konzessionen an den Ententeimperialismus", von denen das sowjetoffiziöse Blatt fabelt, sind dabei weder von irgendeiner Seite verlangt noch gemacht worden.

Der Bericht der „Roten Fahne" ist ebenso auffällig durch das, was er behauptet, wie auch durch das, was er verschweigt. Wir müssen uns unter diesen Umständen vorbehalten, auf den Verlauf der Konferenz noch ausführlicher zurückzukommen. Für heute sei nur festgestellt, daß die Konferenz in dem Verlangen nach einer Revision des Friedensvertrags von Versailles einig war, während die russische Sowjetregierung bekanntlich mit dem Gedanken spielt, den Vertrag, so wie er ist, anzuerkennen. Sollte die diplomatische Einheitsfront zwischen Lenin und Poincaré, zwischen Bolschewismus und Ententeimperialismus, wirklich zustandekommen, so wird man die sowjetoffiziöse „Rote Fahne" alsbald beeifert finden, jede Revision des Vertrags zu bekämpfen. Nur einstweilen noch sieht sie in der Verleumdung der französischen Genossen das bessere Geschäft.

Das Konsistorium als Rüffelbehörde.

Wie uns aus Königsberg (Pr.) geschrieben wird, erteilte das dortige Evangelische Konsistorium dem sozialdemokratischen Pfarrer Kürschner in Mehlauken (Ostpr.) einen Verweis, weil er die nationalistische Dolchstoßlegende als Lüge charakterisiert und den Sozialismus als die Konsequenz der neutestamentlichen Ethik hingestellt hatte. Dem Genossen Kürschner wurde empfohlen, sich „größte Zurückhaltung aufzuerlegen", in Presse und Versammlung. Diese Verfügung ist um so merkwürdiger, als dem Konsistorium selbst ein bekannter deutschnationaler Parteiredner angehört, und die ostpreußische Geistlichkeit zwei rechtsparteiliche Parlamentarier und viele schroff-antisozialistische Kanzel- und Vereinsredner in ihrer Mitte hat.

Nach Meinung vieler Christen sollte das Konsistorium mehr darauf achten, daß die christliche Nächstenliebe gepredigt wird. Deutschnationale Kriegshetze entspricht doch der christlichen Lehre so wenig, wie die Behauptung vom „Dolchstoß" dem achten Gebot. Warum empfiehlt das Konsistorium nicht den deutschmonarchistischen Hetzaposteln Zurückhaltung und erteilt ihnen „Verweise"?

Dänische Hilfe für Oppau.

Das deutsch-dänische Komitee zur Hilfeleistung für die Opfer des Oppauer Unglücks überwies dem Reichshilfsausschuß für Oppau durch den deutschen Gesandten in Kopenhagen als Schlußbeitrag 51 881,02 Mark. Das Gesamtergebnis der bisher in Dänemark eingekommenen Spenden hat hiermit die ansehnliche Summe von 916 891,12 Mark erreicht.

Wiederaufnahme Jagow oder Schiele?

Nach der Meldung einer bisherigen Korrespondenz hat Herr v. Jagow, der gegenwärtig in Gollnow in Pommern seine Festungsstrafe verbüßt, seinen Verteidiger ersucht, das Wiederaufnahmeverfahren beim Reichsgericht in Leipzig zu betreiben. Auf welche Rechtsgründe Herr v. Jagow seinen Wiederaufnahmeversuch stützt, wird nicht angegeben. Nach der außerordentlich umfangreichen Beweisaufnahme in Leipzig halten wir es kaum für möglich, daß Herr v. Jagow imstande sein wird, neues Material beizubringen, das seine Unschuld beweisen könnte.

Viel notwendiger scheint es uns dagegen, daß endlich der Herr Oberreichsanwalt die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schiele betreibt, bei dem das Reichsgericht Einstellung des Verfahrens auf Grund des Amnestiegesetzes beschlossen hat. Wir wiesen bereits vor einiger Zeit darauf hin, daß Herr Schiele in dem Bestreben, die Methode seiner Verteidigung öffentlich zu rechtfertigen, im „Reichswart" des Grafen Reventlow ein völlig glaubhaftes Geständnis dahin abgelegt hat, daß er Führer des Kapp-Putsches gewesen ist und sich auch als solchen betrachtet, dieses aber vor Gericht aus Zweckmäßigkeitsgründen abgeleugnet hat. Ein derartiges glaubhaftes Bekenntnis bildet die genügende Grundlage eines Wiederaufnahmeverfahrens.

Damit der Humor der Sache nicht fehlt: Die „Deutsche Zeitung" macht heute einen heftigen Angriff gegen die Festungsverwaltung in Gollnow. Sie schreibt:

> Man denke nur an das „Kommunistenhotel" in Gollnow, wo nach unwidersprochenen Presseangaben die in der Festungsabteilung befindlichen Kommunisten frei aus- und eingehen dürfen.

Bei dem notorisch mangelhaften Gedächtnis deutschnationaler Redakteure hat das biedere deutschvölkische Blatt ganz und gar vergessen, daß Gollnow der Aufenthalt seines Schützlings v. Jagow ist.

Fliegerkontrolle und Rheinsanktionen.

Paris, 2. März. (EP.) Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der deutschen Luftschiffahrt. Marschall Foch wohnte der Sitzung bei. England ist der Ansicht, daß eine Dauerkontrolle nur dann eingeführt werden könne, wenn Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort geräumt werden. Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß eine Dauerkontrolle ohne Zugeständnisse an Deutschland durchgeführt werden könne. Der englische Botschafter in Paris, Hardinge, überreichte der Botschafterkonferenz ein neues Memorandum, worin der Standpunkt der englischen Regierung aufrechterhalten wird. Die Debatte wird heute fortgesetzt.

Polens Haltung in Genf.

Das „Journal de Genève", ein keineswegs prodeutsches Blatt, führt zu den deutsch-polnischen Verhandlungen aus, daß die polnische Abordnung durch ihre Haltung in der Liquidationsfrage die gesamte Arbeit, die die betreffende Unterkommission seit sechs Wochen geleistet habe, wieder in Frage stelle. Sie beruft sich, heißt es in dem Artikel weiter, auf die Versailler Bestimmungen, um volle Aktionsfreiheit zu fordern, während Deutschland sich auf den Beschluß der Botschafterkonferenz und auf die Interessen der oberschlesischen Bevölkerung stützt. Ebenso lehnt Polen in der Minderheitenfrage das neue Statut ab unter Hinweis auf den Vertrag vom 29. Juni 1919, während Deutschland auch hier das Recht hat, sich auf den Beschluß des Völkerbundrates und auf den Geist, in dem dieser Beschluß gefaßt wurde, zu stützen. Das Blatt hofft aber, daß eine Einigung noch zustande kommen wird, ohne daß Präsident Calonder endgültig entscheiden muß.

Lemck haftentlassen. Der Hallesche Kommunist Lemck, dessen Aussagen über den mitteldeutschen Putsch in den bei Klara Zetkin beschlagnahmten Akten besonders gravierend für die Kommunistische Partei und ihren Eberlein waren, ist jetzt gegen Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Mahnung des Goethe-Hauses.

Zur Frankfurter Goethe-Woche.

Das braune Haus am Großen Hirschgraben, das die Frankfurter wie ihren Augapfel behüteten, zeigt Risse und Sprünge. Die Dielen, über welche ganz Deutschland seit Generationen hinzieht, um wie einen Altar den Schreibtisch zu verehren, an dem der Götz und der Anfang des Faust entstand, sie wollen ihre Besucher nicht mehr tragen. Fast über Nacht kündigten sie den Dienst auf. Das Herz krampft sich zusammen, wenn man denkt, daß in diesem treuen Hause, wie einst zu Delphi für die Griechen, für uns geweissagt wird. Denn so wie die Mauern, zwischen denen der größte deutsche Dichter geboren ist, wanken und beben, so beben auch wir als Volk und einzelne in den Grundfesten.

Wo liegen die? Die klare ruhige Stimme, welche vom Hirschgraben aus sprach, gab oft Antwort auf diese Frage. Aber die Antwort verschallt in unseren Tagen: überschrien, unverstanden, vergessen. Eine der Grundfesten unseres Seins heißt: vaterländische Gesinnung. Gemeint ist nicht ein Einstehen für den prahlerisch-hohlen Bau der letzten vierzig Jahre. Seine Parteigänger glauben freilich, allein Anspruch auf eine solche Gesinnung machen zu dürfen. Gemeint ist der Wille zu einem Staat, dessen Würde und Ansehen aus der verantwortlichen Haltung jedes seiner Glieder hervorginge, deren jedes die Kräfte „nach innen und außen wendete". Da kommt es über uns mit Bitterkeit: welche Sprünge zeigte unser staatsbürgerliches Bewußtsein in der letzten Zeit! Wie sehr gleicht die Republik dem schwerkranken Goethe-Haus!

Und doch ragt der zurücksinkende Giebel des Geburtshauses so unantastbar, beinahe verklärt über die Nachbarhäuser hinaus in den Mainwind. Als wollte er sagen: Wenn ihr gesunden wollt, so schöpft doch aus dem, was unter meiner Hut entstanden ist. Wolfgang verziehe euch zwar, daß ihr irrt, aber nie, daß ihr nicht mehr strebt. Rafft euch zusammen! Noch ist kein Grund zum Verzweifeln: erringt euren Staat, das Gerüst steht ja!

Im Hirschgraben drängen sich die Menschen. Eifrig plaudernde Gruppen stehen um wartende Autos. Der Reichspräsident ist im Goethe-Haus! Da ist er! Ernst und würdig, und doch allen verkunden, man sieht ihm an, er weiß, was uns plagt. Aber nur vereinzelt fliegen die Mützen in die Höhe. Alle anderen bleiben stumm und kalt. Nicht, als ob sie widerwillig beiseite ständen, eher liegt Hochachtung auf den Gesichtern. Aber eines fehlt, es bleibt der republikanischen Schulung noch vorbehalten: das warme Gefühl der Zusammengehörigkeit. Niemand wäre versucht, in dem Gruße, der zu dem schlichten Manne in schwarzer Kleidung hinüberfliegt, eine persönliche Huldigung oder gar eine Komödie zu sehen. Es wäre vielmehr eine stille Verehrung des politischen Willens der Nation, der in dem Präsidenten verkörpert ist.

Schaffen wir die deutsche Republik, in deren Mitte das neugefügte Goethe-Haus steht. Ihm widmete Gerhart Hauptmann am „Egmont"-Abend die Worte: „Das Goethe-Haus ist der Zentralpunkt, an dem sich die deutsche Seele sammelt. Dieses Zusammenfinden der Seelen ist unerläßlich, wenn unsere Seelen eine Seele, die deutsche Seele ein deutsches Volk werden soll. Darum scheint es mir, daß es eine Pflicht und dazu eine der heiligsten Pflichten des neuen Deutschland ist, diese Art Seelenwanderung auf jede Weise zu unterstützen."

Willy Piehler.

Künstler-Protestversammlung. Der Wirtschaftliche Verband bildender Künstler Berlins hatte in Gemeinschaft mit den Verbänden der Schriftsteller und Tonkünstler eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung in das ehemalige Herrenhaus einberufen, um gegen die neuen Bedrängnisse der Künstlerschaft Stellung zu nehmen. Die Beratungen leitete der Syndikus des Verbandes, Rechtsanwalt Kodlin, mit einem Referate über die drohenden und schon bestehenden Gefahren alter und neuer Steuern für die Künstlerschaft und die Kunstpflege ein. Dr. Roesch, der Vertreter der Genossenschaft deutscher Tonsetzer im Reichswirtschaftsrat, berichtete über die Bedrückungen der Musiker und der Musik und widmete eine besonders eindringliche Darstellung dem Plane der „Kulturabgabe". Hans Kyser schilderte die Not unter den freien Schriftstellern, deren Erträgnisse aus Tantiemen usw. mit geradezu ungeheuerlichen Bestimmungen als Renten für das Notopfer veranschlagt werden sollen. Die Maler Schlichting und Marcus hoben einzelne Kümmernisse besonders der bildenden Künstler hervor. Die vielfach geäußerten Angriffe auf die Parlamente suchte der Abgeordnete Buchhorn wenigstens für den preußischen Landtag mit einer Aufzählung dessen abzuwehren, was dieser bei den letzten Haushaltsberatungen als gemeinsame Anträge aller Parteien außer den Kommunisten in die Vorschläge der Regierung hineingearbeitet hat: z. B. die Bereitstellung einer Million Mark für Ankäufe für die Nationalgalerie und andere praktische Kunstpflege. Maler Hans Baluschek empfahl eine Entschließung, die einstimmig angenommen wurde und in der es u. a. heißt: „Kunst im weitesten Sinne des Wortes (bildende Tonkunst, Schrifttum) gehört dem Volke! Ihre Pflege und Förderung ist in Artikel 142 der Reichsverfassung verheißen. Wir stellen fest, daß bis heute so gut wie nichts geschehen ist, diese Verheißung zu erfüllen. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall! Wir fordern Freilassung der Kunstwerke als solche von jeder Besteuerung, Luxus-, Umsatz- oder Vermögenssteuer! Wir fordern ein Verlagsrecht für die bildende Kunst, damit der schwer um sein Dasein ringende Künstler davor bewahrt wird, weiterhin ein Objekt der Willkür und der Geschäftstüchtigkeit gewisser Unternehmerkreise zu werden. Wir fordern den Schutz der Reichsregierung und weitgehendste Unterstützung bei Durchführung des Planes der Kulturabgabe. Entsprechend der immer wieder zu betonenden Bedeutung der Kunst beim Wiederaufbau unseres Staates fordern wir angemessene Vertretung in den berufsständischen Vertretungen und Selbstverwaltungskörpern in Staat und Gemeinden. Dies gilt insbesondere für die kommenden Bezirkswirtschaftsräte."

Heringe vor Gericht. Man schreibt uns: Heringe waren früher ein wichtiger Handelsgegenstand der Leipziger Messe und der Rat ließ auch jedesmal dem Landesherrn eine Tonne vor die Füße rollen. Wie sehr man bei Hofe damit rechnete, beweist eine Anordnung des Kurfürsten August vom Jahre 1554, man sollte ihm, da er sich gerade auf Reisen befand, das erwartete Präsent allsogleich nachsenden. Der Hering galt damals, nebenbei bemerkt, nicht nur als begehrtes Nahrungsmittel, sondern auch als Medizin. „Er soll", so heißt es in einem alten Hausbuch, „die Krankheiten wie die Sonne den Nebel zerreiben, insonderheit Fieber und Husten vertreiben, den Hundebiß heilen, vom Haupte die Flüsse ziehen, die Wassersucht verzehren." Um diese vielartigen Wunder zu verrichten, mußte er möglichst frisch genossen oder „unter die Fußsohlen gebunden" werden. Aus gesundheitlichen Gründen verbot deshalb der Leipziger Rat schon zeitig, „alden Heringk", sobald der neue angekommen war, spätestens aber nach Michaeli, weiter zu verkaufen. Ein großer Schrecken ging daher im Jahre 1501 durchs Land, als es hieß, die in diesem Jahr gefangenen Heringe enthielten „gewisse Würmlein" und ihr Genuß sei nicht nur der Gesundheit nachteilig, sondern könne sogar den Tod zur Folge haben. Besonders der Altenburger Magistrat nahm sich der Sache mit größtem Eifer an, ließ alle in der Stadt vorhandenen Heringstonnen durch den Marktvogt und zwei Fischschätzer aufschlagen, und allenthalben wurde in den Heringsbäuchen „ein Knötlein und darin ein weißes Dinglein, wie Wurm gestaltet, doch nicht lebendig" gefunden. Nachdem er noch zwei Doktoren der Medizin hierüber gehört, befahl der Rat, „denselben Hering hinwegzuschaffen, woher er gekommen, andernfalls würde er ihn durch den Diebshenker verbrennen lassen". Derartigen Maßnahmen — oder wenigstens ihren Androhungen — begegnen wir in alten Chroniken auch anderer Städte wieder und wieder. Und tatsächlich wurde in Dresden im Jahre 1553 einer Hökerin eine Tonne Heringe, die sich nicht als richtiges Kaufmannsgut erwies, von Rats wegen weggenommen und dem Scharfrichter übergeben, der sie am Montag nach Nikolai auf öffentlichem Markte an den Pranger stellte, dann auf die Brücke brachte, die Reifen durchhieb und in die Elbe stürzte. Als die Kunde der aufregenden Altenburger Entdeckung und die gleichzeitig zurückgeschickten Heringe in Hamburg ankamen, ließ auch dort der Senat die Fische durch vier Sachverständige, „die von Jugend auf beim Heringsfang und Einpacken erzogen", untersuchen, und diese sagten am 2. September 1581, nachdem sie den herkömmlichen Eid „mit ihren ausgestreckten Armen und aufgerichteten leiblichen Fingern" geleistet hatten, aus: „daß der beste Hering, der von den Kaufleuten „Vollgut" genannt wird, vom Haupte an längs dem Rücken bis an den Nabel (!) Röhrlein oder Aederlein habe, die im Salze der Pökel zusammenschrumpfen, und was man in Altenburg gefunden, seien solche Drähte." Nach dieser Feststellung mag wohl die Furcht wieder gewichen sein, aber in Ulm, wohin die Kunde davon auch gedrungen war, ließ der Rat noch am 7. März 1582 ein „Patent" veröffentlichen, worin er der Bevölkerung zu ihrer Beruhigung mitteilte, daß „nach der fast einhelligen eidlichen Erklärung etliche Personen, die des Härings Verstand haben, solches Gewächs nichts anderes sei, denn des Härings natürliche Feistigkeit und den Menschen ohn' Gefahr wohl zu genießen" . . .

Große Volksoper. Der 6. Opernabend im Marmorsaal am Donnerstag, den 6., abends 7½ Uhr, ist ein Puccini-Leoncavallo-Abend. Mitwirkende sind: Meta Seinemeyer, Björn Talen, Theodor Scheidl und das Orchester der Deutschen Grammophon A.G. unter Bruno Seidler-Winkler.

Der Volkskraftbund veranstaltet am 10., abends 7½ Uhr, in der Musikhochschule eine Aufführung von Liszts Dante-Sinfonie für großes Orchester, Frauenchor und Orgel.

Der verurteilte Loringhoven.

Ein interessanter Beleidigungsprozeß hat jüngst vor der Strafkammer Breslau seinen Abschluß gefunden. Der aus Rußland eingewanderte Universitätsprofessor Dr. v. Freytag-Loringhoven hatte sich wegen Beleidigung des Lehrers und Kreisdeputierten Lindheimer aus Guhrau zu verantworten, den er in einem Artikel der deutschnationalen „Schlesischen Tagespost" wiederholt höhnend als „Eli Kanalgeruch" bezeichnet hatte. Vom Breslauer Schöffengericht war Herr v. Freytag-Loringhoven deswegen zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden, wobei das Gericht als straferschwerend ansah, daß einmal der Beleidigte sich in jeder Weise der Achtung seiner Mitbürger erfreute, zum anderen daß gerade ein Universitätsprofessor als Jugendbildner die Pflicht habe, sich wie ein anständiger Mensch auszudrücken.

Gegen dieses Urteil hatte v. Freytag-Loringhoven Berufung eingelegt und verlangte seine Freisprechung, weil der Artikel „eine politische Satire in geradezu klassischer Form (!)" gewesen sei. Vor dem Landgericht Breslau führte der Vertreter des Privatklägers aus, daß der Angeklagte, dessen Wirken unsere innere Einigkeit untergrabe, zu den landfremden Elementen aus dem Osten gehöre, die in Deutschland nur Schaden anrichteten.

Durch diese letzte Bemerkung fühlte sich Herr v. Freytag-Loringhoven anscheinend ganz besonders arg betroffen. Er entgegnete erregt, daß er ein Baltensprößling sei. Die Balten hätten seit 700 Jahren die deutsche Kultur im Auslande hochgehalten. Im Anschluß hieran hielt er eine kleine Vorlesung über das Wesen des Schlüsselromans. Schließlich endete er mit der Behauptung, das deutsche Judentum trage, wenn nicht die ganze, so doch einen erheblichen Teil der Schuld an dem unglücklichen Kriegsausgang.

Zu diesen Bemerkungen des Herrn v. Freytag-Loringhoven ist zu sagen: Von den deutschen Juden haben, wie erst eine jüngst von uns wiedergegebene Statistik beweist, mehr als 80 000 (d. h. fast ein Fünftel der Gesamtzahl) im deutschen Heere an der Front gestanden und über 12 000 den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten. Die Deutschbalten dagegen haben im russischen Heere gegen Deutschland gekämpft, einen großen Prozentsatz der Offiziere und Heerführer geliefert (Rennenkamp usw.) und zur Tötung tausender deutscher Soldaten beigetragen. Wir machen ihnen daraus keinen Vorwurf. Aber man möge daraus ermessen, mit welchem moralischen Recht Herr v. Freytag-Loringhoven als Deutschbalte die Juden für den unglücklichen Kriegsausgang verantwortlich machen darf!

Die Strafkammer in Breslau verwarf die Berufung des Angeklagten, so daß es bei seiner Verurteilung verbleibt.

Entlarvte Verleumder.

Beweisaufnahme im Kahn-Prozeß.

In dem Beleidigungsprozeß des Vizekanzlers Bauer, des Ministers a. D. Wissell und des Reichstagsabgeordneten Hoch gegen die „Deutsche Zeitung" wurde heute die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Reichstagsabg. Otto Wels, Vorsitzender der SPD., lehnt es entschieden ab, daß der Abschluß des Kahn-Vertrages **in irgendeinem Zusammenhange, weder direkt noch indirekt, mit der SPD. oder mit den drei Nebenklägern stehe.** Es sei ganz ausgeschlossen, daß die letzteren aus unlauteren Motiven den Vertrag „gedeckt" haben. Die gegenteiligen Behauptungen seien Verleumdungen. In der SPD. könnte niemand in einem Ehrenamt bleiben, der in irgendeiner Weise mit einer privaten oder Aktiengesellschaft in Verbindung steht.

Jede Verbindung von Politik und Geschäft sei in der Partei ausgeschlossen.

Weder die Partei noch irgendeine Nebenkasse der Partei habe von Kahn oder durch irgendeinen Kanal **auch nur einen Pfennig** erhalten. Ebenso habe die Partei **weder direkt noch indirekt von Sklarz** Geld bekommen. Er habe Georg Sklarz und auch Leon Sklarz, der Prokurist bei Schweitzer u. Oppler war, gelegentlich kennen gelernt, sei aber nie in irgendeine Verbindung mit ihnen getreten.

Zeuge Georg Sklarz weiß, wie er bekundet, von der ganzen Geschichte nichts. Er sei nicht Sozius von Schweitzer u. Oppler, sein Bruder Leon sei Inhaber jener Firma. Er habe weder indirekt noch direkt der Sozialdemokratischen Partei Zuwendungen gemacht — Auf Vorhalt des Nebenklägers Vizekanzlers Bauer bestätigte der Zeuge, daß seinerzeit das „Regiment Reichstag" mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hatte.

Zeuge Dr. Weinlig, Generaldirektor der „Deutschen Werke": Es besteht

keinerlei Zusammenhang zwischen der Sozialdemokratie und dem Kahn-Vertrag,

ebenso absolut kein Zusammenhang mit den 3 Nebenklägern. Der Vertrag ist abgeschlossen worden, ohne daß einer der Herren das geringste davon wußte. — Auf Vorhalt des Nebenklägers Wissell erklärt Zeuge Dr. Weinling, daß die Deutschen Werke, die eine Aktiengesellschaft wie jede andere seien, sich dem Kahn erst genähert haben, nachdem sie an der Diskontogesellschaft auf Kahn aufmerksam gemacht worden waren und die Auskünfte über diesen ergaben, daß Kahn über eine große Finanzkraft und große kaufmännische Organisation verfügt. Er habe sich auch durchaus vornehm bei Abschluß und Abänderung des Vertrags bezüglich einzelner Punkte benommen. Sein Preisangebot war durchaus angemessen und überstieg andere Angebote. — Zeuge Kahn, jetzt 31 Jahre alt, hat, wie zur Sprache kam, sich schon im Alter von 21 Jahren als Großkaufmann betätigt. Er stehe mit der Sozialdemokratie in keinerlei Verbindung. Den Zeugen Sklarz habe er früher nie gesehen.

Nationalistischer Kümbim. Wie wir einem uns übersandten Programm entnehmen, veranstaltet der „Verband nationalgesinnter Soldaten" am Donnerstagabend einmal wieder „Fahnenweihe". Das Programm, Verzeihung, die Festfolge weist 20 Nummern auf, eine immer „patriotischer" als die andere. Besonders schön macht sich: 7 Uhr „Einzug der Fahnen", 7.30 „Ankunft Sr. Exzellenz General der Infanterie a. d. Litzmann" (wenn er nun aber schon früher da ist?), 8.15 „Fahnenweihe durch Herrn . . ." und dann kommt ein dreisterniger Hinweis, wie man ihn auf Theaterzetteln sieht, wenn ein berühmter Schauspieler als Gast auftritt. Der Dreistern leitet uns auf den am Schluß der Seite fettgedruckten Namen Pfarrer Korth vom Lazarus-Kranken- und Diakonissenhaus, der solche schauspielerische Reklame offenbar nicht als unvereinbar mit seinem geistlichen Beruf empfindet. Wir finden es allerdings unvereinbar, daß ein Mann, der sein Amt angeblich für alle ausübt, sich in dieser Weise als extremer Rechtsnationalist hervortut.

Begnadigung. Der Reichspräsident hat dem Redakteur Mittwoch, Königsberg (USP.), den noch nicht verbüßten Teil der ihm wegen Beleidigung des Reichspräsidenten auferlegten Freiheitsstrafe erlassen.

Aus der Ausschluß-Partei. Die Zentrale der KPD. hat dem von dem Bezirksausschuß Südbayern beschlossenen Ausschluß des Landtagsabg. Graf und weiterer zwei Funktionäre nicht zugestimmt. Dagegen ist Graf als Leiter der „Neuen Zeitung" ausgeschieden.

Panama nordamerikanisch. Der Vertrag, der die Panamafrage endgültig regelt, wurde von der amerikanischen wie von der kolumbischen Regierung ratifiziert. Die Vereinigten Staaten zahlen Kolumbien eine Entschädigung von 25 Millionen Dollar für die Abtretung Panamas.

Der Dollar stand heute mittag 233.

Wie man Konsul wird.

In Washington in den Vereinigten Staaten soll es eine „Oriental-Universität" geben, die es allen denen, die Sehnsucht nach einem Professoren- und Doktorentitel haben, leicht macht. Die „Filiale Berlin" des kräftigen Unternehmens hatte 1919 nebenbei ein Bureau für den Vertrieb von Südamerikanischen Konsulaten errichtet. Die Art des Vertriebes vollzog sich meist folgendermaßen.

Die weiße Weste (soll heißen: der gute Ruf) eines neuen Millionärs hatte einige Fettflecke bekommen. Er hielt Umschau nach einem Reinigungsmittel. Ein Konsultitel würde es tun. Ein Konsul ist ein einwandfreier Mann. Der deutsche Leiter der „Oriental", der sich bescheiden Exzellenz nennt, hielt zu derselben Zeit Umschau nach jemand mit Reinigungssehnsucht und schwerem Geldbeutel. Man sucht und findet sich; eine Einladung in die Villa im tiefen Westen erfolgt. Die Exzellenz bewundert den Besitz.

Hier mußte nun der „Aran", Hilfsschlepper der „Oriental", einspringen. Dem Aran gehören alle großen Männer an. Zweck ist die Förderung der Mitglieder zur Gottähnlichkeit, wenn nicht darüber hinaus. Vom Leiter des Aran traf aus einem südlichen Badeort prompt ein Brief ein, daß ein Konsulat leichter und schneller dem Besitzer eines Titels, etwa Marquis oder Baron, verliehen werden würde. Eine Preisliste der Titel lag bei.

Dann trat Exzellenz mit einem „streng vertraulichen" Brief aus dem Auswärtigen Amt in Tegucigalpa, La Paz oder sonstwo in Erscheinung: Der Herr Präsident der Republik habe die Ernennung genehmigt. Das „derecho" (Zoll, Taxe) belaufe sich auf 1000 Dollar Gold, wovon die Hälfte sofort, die zweite bei der Installation zu entrichten sei. Und richtig, der Gimpel ging auf den Leim und zahlte 40 000 Mark an.

Nach Monaten wurde die Exzellenz wiederholt „interpelliert", war aber immer verreist, bis man sich eines Abends in einer Diele traf. Ja, die Sache hat sich leider nicht machen lassen; bedaure sehr! — Na denn mal raus mit meinen 40 000 Mk. — „Bedaure, bin jetzt nicht in der Lage." — „Dann werde ich klagen." — „Ohne Beweis? Sollten Sie wirklich so naiv sein?"

Der „Konsul" mußte sich wohl oder übel mit seiner Weste, wie sie war, abfinden.

Die kommenden Tariferhöhungen.

Wie uns mitgeteilt wird, wird der Berliner Stadtverordnetenversammlung demnächst eine Deckungsvorlage zugehen, in der eine erneute Erhöhung der bisherigen Tarife der städtischen Werke und Betriebe gefordert wird. Die Straßenbahnfahrt soll, wie bereits gemeldet, 3 M. kosten, während die neuen Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom noch nicht bekannt sind. Es scheint aber nicht zweifelhaft zu sein, daß sie ungefähr in dem gleichen Maße wie der Straßenbahntarif erhöht werden, mit Ausnahme vielleicht bei den Elektrizitätswerken, die die Kohlenpreiserhöhungen auf Grund einer Vertragsklausel sofort auf die stromverbrauchende Industrie abwälzen können, so daß lediglich für den Lichtstrom, der ein Siebentel der täglich erzeugten Strommengen darstellt, eine entsprechende niedrigere Tariferhöhung eintreten muß. An den zuständigen Stellen begründet man die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit dem Hinweis auf die enorme Steigerung der Kohlenpreise, die noch im September vorigen Jahres 300 M. pro Tonne betrugen, während sie sich jetzt auf etwa 800 M. und demnächst wahrscheinlich auf 1000 M. pro Tonne belaufen. Dementsprechend und vielleicht noch mehr sind alle Materialpreise in die Höhe gegangen, die heute etwa das Dreifache der im Frühjahr vorigen Jahres gezahlten Preise betragen.

Sie haben etwas. . . .

Reaktionäre Splitterrichter in der Bezirksversammlung.

Im großen Stadtverordnetensaal tagte Mittwoch die Bezirksversammlung Berlin-Mitte, die von dem 2. Vorsitzenden Gen. Riese geleitet wurde. Die erste lebhafte Auseinandersetzung ergab sich im Anschluß an den Bericht über die Einbürgerungsgesuche, die zugunsten einen recht erheblichen Umfang angenommen haben. Nach langweiligen Geschäftsordnungsdebatten stritt man sich um die Frage, ob die grundsätzliche Auseinandersetzung öffentlich erfolgen solle. Das Ergebnis war, daß sich die nächste Sitzung nunmehr grundsätzlich in öffentlicher und im einzelnen in geheimer Sitzung nochmals mit dieser Angelegenheit befassen wird.

Dann kam die Anfrage der deutschnationalen Partei betreffend das Verhalten der zwei kommunistischen Stadträte Bösel und Christ bei einem Trinkgelage. Der Bürgermeister gab die Erklärung ab, daß er sofort eine Untersuchung eingeleitet habe und die Angelegenheit ihren Lauf nehme. Damit fand die Angelegenheit aber nicht ihr Ende. Eine zweistündige Debatte entwickelte sich, die auf das Niveau einer Volksversammlung herabsank und offenbar die Freunde auf der Tribüne zufriedenstellen sollte. Von unserer Seite sprach Genosse Loewy sachlich kurz mit einigen humoristischen Noten. Er betonte, daß er das Verhalten der Stadträte gewiß nicht verteidigen wolle, aber eine starke Uebertreibung darin sähe, daß man nun aus dem Schwips zweier Beamten eine solche Aktion machen wolle. Das Trinken sei doch gerade bei den Deutschen in allen Formen mehr gefeiert worden als bei irgendeinem anderen Volk. Der deutschnationale Antrag bedeute offenbar nichts anderes als einen Sturm gegen das Bezirksamt. Unabhängige und Kommunisten suchten vor allem mit ihren Ausführungen agitatorische Zwecke zu verfolgen, mit einigen Entgleisungen, die hätten unterbleiben können.

Der Angriff, den der „Lokalanz." gegen unseren Genossen Riese richtet, indem er in bezug auf die erwähnten Entgleisungen von einer „ermunternden Duldung" spricht, die Genosse Riese den Schimpfereien der Kommunisten habe zuteil werden lassen, ist vollkommen ungerechtfertigt.

Die Rache einer Frau.

Das Thema Frauenrache ist wieder um einen neuen Fall bereichert worden, der auch aufs neue beweist, wie leicht heute noch pathologische Naturen dieser Art selbst behördliche Unterstützung zu erlangen wissen. Von unterrichteter Seite wird uns die Angelegenheit folgendermaßen dargestellt:

Ein Berliner Maschinenagent B. überraschte eines Tages seine Frau bei einem zärtlichen Beisammensein mit einem Friseurgehilfen. Die Folge war die Trennung der Ehegatten. — Vier Wochen später wurde B. gebeten, nach dem Polizeibezirksamt in der Alexandrinenstraße zu kommen, um mit einem höheren Beamten des Wohnungsamtes sich über die Abgabe von Räumlichkeiten zu besprechen. Herr B. ging natürlich hin, wurde dem höheren Beamten vorgestellt und setzte ruhig und sachlich auseinander, warum er keine Räume abgeben könne. Das Gespräch kam dann auch auf die Fabrikationsartikel B.s und auch auf die explosiven Fliegerpfeile, ein Patent, das im Jahre 1916 in Adlershof dem damaligen stellvertretenden Kriegsminister vorgeführt wurde. Auf die Frage, ob B. noch solche Pfeile im Besitz habe, erwiderte er, daß er mit seinem Monteur einige Pfeile als Wohnungsschutz an seiner Wohnungstür anbringen wolle. Es könne aber von einer so geringen Zahl und aus geringer Höhe nur eine Knallwirkung, also Hausalarm, erzielt werden.

Jetzt entpuppte sich der „höhere Wohnungsbeamte" als ein Kreisarzt und erklärte, B. sei nicht normal, da er nach den Angaben seiner Frau die Absicht habe, sie mit den explosiven Fliegerpfeilen zu töten. Alle Beteuerungen, daß die Angaben der Frau aus den Fingern gesogen seien, um sich für den begangenen Ehebruch zu decken, nutzten nichts. Herr B. mußte in Gegenwart von zwei bewaffneten Sipoleuten seine Taschen leeren, auch 6500 Mk., die zur Deckung der Umsatzsteuer bestimmt waren, abgeben. Dann ging's in Begleitung eines Kriminalwachtmeisters und zweier Sipoleute mittels Droschke nach der Polizeiwache in der Reichsdruckerei, wo B. ohne Essen und Trinken sieben Stunden blieb, bis er um 6 Uhr abends von zwei Irrenwärtern nach der Irrenanstalt Herzberge abgeholt wurde. Man hatte ihm nur noch erlaubt, mit ein paar Zeilen seinen Rechtsanwalt zu benachrichtigen. Die Irrenärzte erkannten sehr bald den „Aktenschutt", konnten aber nach den geltenden Bestimmungen die Entlassung zunächst nicht bewirken. Die Ehefrau lebte während dieser Zeit mit ihrem Liebhaber in Saus und Braus, und als die Entlassung des B. endlich am 21. Januar 1921 erfolgte, war ihm ein ungeheurer Schaden entstanden.

Wo bleiben nun die seit einem halben Jahrhundert versprochenen Garantien gegen unberechtigte Internierung und Entmündigung? Wer bezahlt den Schaden? Polizei und Kreisarzt hätten vor der Internierung ernstlich nachprüfen müssen, ob die phantastischen Angaben der Ehefrau auf Wahrheit beruhen, bevor sie sich einen so schweren Eingriff in die persönliche Freiheit eines Menschen erlaubten.

Der Ausbrecher in der Dampfwolke.

Einen nicht alltäglichen Fluchtversuch machte ein Mann, der seine Person zwei Jahre lang in Dunkel zu hüllen verstand, bis es jetzt der hiesigen Kriminalpolizei gelang, ihn zu entlarven. Er befand sich zuletzt unter dem Namen Artist Kurt Hartenstein in Haft und behauptete, weder seine Eltern noch seinen Geburtsort zu kennen, da er ein Findelkind sei. Ein Wanderzirkus habe ihn bei Graz im Walde gefunden und mitgenommen. Mit dem Zirkus habe er die ganze Welt bereist. Während die Kriminalpolizei das Treiben des Verhafteten aufzuklären versuchte, wäre er beinahe aus dem Polizeigewahrsam entwichen. Es gelang aber noch im letzten Augenblick ihn festzuhalten. Auch in Charlottenburg war dem „Artisten" bereits ein Fluchtversuch mißlungen. Hier saß er eine Zeit lang im Amtsgerichtsgefängnis. Als er Gelegenheit fand, an die Dampfheizung heranzukommen, machte er die Hähne auf und setzte das ganze Gebäude unter Dampf. Diesen Zustand wollte er benutzen, um mit anderen Gefangenen zu entfliehen. Man benachrichtigte jedoch das Ueberfallkommando der Schutzpolizei und so wurde die Massenflucht verhindert. Die Kriminalpolizei hat jetzt festgestellt, daß der angebliche Artist Hartenstein in Wirklichkeit ein Zeichner Kurt Weiß aus Magdeburg ist. Der Verhaftete gibt das nunmehr auch zu. Unter diesem richtigen Namen wurde er im April 1920 in Darmstadt zu 4½ Jahren Gefängnis verurteilt. Dort gelang ihm die Flucht. Die Verurteilung veranlaßte ihn jedoch, seinen Namen und seine Eltern zu „vergessen" und unter den Namen Hartenstein und Reinicke seine Diebereien fortzusetzen.

Was ist Wohnungswucher?

Bei den bisherigen Prozessen wegen Wohnungswuchers war die Frage, wo noch die Angemessenheit der Preise zu erblicken oder wo bereits Wucher anzunehmen sei, fast immer offen. Das Reichsgericht hat erst neuerlich eine Entscheidung gefällt, die bei einem interessanten Rechtsstreit angezogen wurde, der gestern vor dem Schöffengericht in Charlottenburg zum Austrag gelangte.

Ein Fabrikbesitzer Felge, der im Hotel Adlon gewohnt hatte, wollte in das Eden-Hotel übersiedeln. Er fand dort jedoch keinen Platz und wurde vom Portier an eine Frau Gutinao gewiesen, die eine Pension im Westen unterhält. Der Fabrikbesitzer wohnte dort 6 Tage, ohne sich mit der Wohnungsinhaberin vorher über den Preis verständigt zu haben. Vor der Abreise überreichte die Pensionsbesitzerin dem Fabrikanten die Rechnung und verlangte für die Benutzung des Zimmers, Frühstück und Beleuchtung einen Preis von 150 M. pro Tag. Der Gast zahlte und erstattete gegen die Pensionsinhaberin Strafantrag. Der Amtsanwalt erblickte in der Preisbemessung durch die Beschuldigte Wucher im Sinne des § 302 St.G.B. und beantragte gegen sie eine Gefängnisstrafe von 1 Monat.

Der Verteidiger führte dagegen aus, daß unter Notlage im Sinne des strafrechtlichen Wucherbegriffes nicht eine Verlegenheit, sondern eine wirtschaftliche Bedrängnis verstanden werden müsse. Es genüge deshalb nicht, wie das Reichsgericht in einer neuerlichen Entscheidung zum Wohnungswucher dargelegt habe, daß Wohnungsnot nach den örtlichen Verhältnissen festgestellt werde. Voraussetzung sei vielmehr, daß der Bewucherte auch nach seinen persönlichen und Vermögensverhältnissen zur Beschaffung anderen Wohnung nicht imstande gewesen sei. Da der Fabrikbesitzer jedoch im Hotel Adlon und im Eden-Hotel gewohnt habe oder wohnen wollte, müßten seine Vermögensverhältnisse derartig gute sein, daß man von einer wirtschaftlichen Notlage bei ihm nicht sprechen könne. Der Verteidiger beantragte deshalb die Freisprechung der Pensionsinhaberin. Das Gericht schloß sich den Beweisgründen des Verteidigers an und sprach die Angeklagte frei.

Was alles gestohlen wird! In neuester Zeit vergreifen sich die Metalldiebe, die sich bisher besonders an den Leitungsdraht der Telegraphen- und Telephonanlagen und an Grabeinfassungen auf den Friedhöfen heranmachten, jetzt auch schon an den Schienenanlagen der Straßenbahn, von denen sie kupferne Stoßstangen stehlen. Das Allerneueste aber ist der Diebstahl an Gullydeckeln, über die bereits mehrere Meldungen vorliegen. Diese neue „Spezialität" ist nach mehr als einer Richtung gemeinschädlich; sie kann harmlose Fußgänger leicht in die Gefahr bringen, in die Oeffnungen hinabzustürzen, besonders in dunklen Stadtvierteln.

Mehr Förderung des Wanderns wird gefordert! Der Vorstand des Bundes entschiedener Schulreformer richtet an alle Lehrer-, Eltern- und Jugendverbände die Aufforderung, sich mit ihm in dem Bemühen zu vereinigen, die Aufrechterhaltung und Ausdehnung des Jugend- und Urlaubswanderns dadurch zu ermöglichen, daß die Eisenbahnbehörden veranlaßt werden, für Jugendwanderungen in einem bestimmten Turnus und für Wanderfahrten während des jährlichen Berufsurlaubs starke Fahrpreisermäßigungen zuzugestehen. Der Vorstand ruft auch die Behörden der Landschaften und Städte und gemeinnützigen Gesellschaften auf, für die sich ausweisenden Erholungswanderer noch über die bereits bestehenden hinaus ausreichende Unterkunfts- und Speisegelegenheiten einzurichten.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, vielfach heiter, aber noch sehr unbeständig, mit wiederholten Regen- oder Graupelschauern und frischen westlichen Winden.

Dammbruch eines Stauweihers. Der im Gebiet des Belchen liegende Nonnenmattweiher ist, wie aus Freiburg i. Br. gemeldet wird, gestern infolge des starken Wasserdrucks übergetreten und hat seine Dämme zerbrochen. Ungeheure Wassermengen bedrohen das Elektrizitätswerk Heunberg, das bisher aber noch gehalten werden konnte. Das Dorf Bürchau hat schweren Schaden gelitten, ebenso das Sägewerk bei Bürchau. Große Mengen Baumstämme wurden zu Tal geführt. Zahlreiche Brücken und Stege wurden zerstört. Verluste an Menschenleben sind bisher nicht bekannt geworden.

Mit 400 000 Mark durchgebrannt ist ein junger Beamter des Werkes Erfurt der Deutschen Werke A.-G. Der Beamte sollte die Summe von der Bank abheben und hat diese Gelegenheit benutzt, um sich mit dem Gelde aus dem Staube zu machen.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Betriebsräte des Siemens-Konzerns.

Am Sonntag, den 26. Februar 1922, tagte im Hause des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Berlin NW., Werftstr. 7, eine Konferenz von Vertretern sämtlicher Betriebsräte des gesamten Siemens-Konzerns innerhalb des Deutschen Reiches. Die Konferenz war einberufen von den in Frage kommenden freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Sie befaßte sich unter anderem mit der

Bilanz des Siemens-Konzerns.

Einleitend hielt Dr. Einstein vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einen instruktiven Vortrag über die Bilanzen der Groß-Konzerne, insbesondere über die der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union.

Die Unternehmer sind nach § 72 BRG. verpflichtet, den Betriebsräten eine Betriebsbilanz und eine Betriebsgewinn- und -verlustrechnung vorzulegen und zu erläutern. Bei der heutigen Abfassung der Jahresbilanzen ist es selbst für den Fachmann fast unmöglich, einen wirklichen Einblick in die Finanzverhältnisse der Groß-Konzerne zu erlangen. Wenn die Betriebsräte keine anderen Unterlagen als diese öffentlichen Bilanzen erhalten, so wird der durch das Gesetz beabsichtigte Zweck nicht erreicht. Es ist aber erforderlich, daß den Betriebsräten

die Unterlagen für die Bilanzaufstellung

zugängig gemacht werden. Bei dem zu erwartenden schroffen Widerstande der Firmen ist ein enges Zusammenarbeiten aller für den Konzern in Frage kommenden Betriebsvertretungen erforderlich, um wenigstens einigermaßen über die wirklichen Bilanzverhältnisse Aufschluß zu erhalten.

Die Konferenz befaßte sich auch mit den bevorstehenden Wahlen von Betriebsräten in den Aufsichtsrat der Firma, des weiteren mit den vielerlei Wohlfahrtseinrichtungen, Stiftungen usw., die die Firma für ihre Arbeiter und Angestellten eingeführt hat. Die Mitwirkung, die den Betriebsräten nach § 66, Ziffer 9 des BRG. zusteht, ist im Siemens-Konzern auf ganz wenige Wohlfahrtseinrichtungen beschränkt. Bei der Mehrzahl versucht die Firma durch entsprechende Satzungen und juristische Auslegungskünste die Mitwirkung der Betriebsräte zu verhindern.

Die Konferenz hatte das Ergebnis, daß von allen Seiten, auch von den Gewerkschaftsvertretern, die Notwendigkeit der

Zusammenfassung der Konzern-Betriebsräte

als zeitgemäß betrachtet wurde. Auf die Gesetzgebung muß mit aller Energie eingewirkt werden, um die Erweiterung des § 50 des BRG. auf Bildung von Gesamtbetriebsräten ganzer Konzerne bzw. Trusts durchzudrücken. Darüber hinaus müssen andere Bestimmungen des BRG., insbesondere die §§ 71 und 72, welche von der Berichterstattungspflicht und der Vorlegung der Bilanz durch die Unternehmer sprechen, eine klarere Fassung erhalten.

An dem guten Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten wird es liegen, trotz alledem in die Geheimnisse der gewaltigen Industrieunternehmungen einzudringen, um den Staat gegen die Uebergriffe derselben zu schützen und die Allgemeininteressen gegenüber den selbstsüchtigen Bestrebungen des Großkapitals zu wahren.

Den Kommunisten das Konzept verdorben.

Wie wir in unserem Bericht über die letzte Plenarversammlung der Berliner Ortsausschüsse des ADGB. und der AfA am 22. Februar bereits mitteilten (siehe „Vorwärts" Nr. 91, „Die Gewerkschaften und die letzten Streiks"), hat man aus den Streiks der Eisenbahner und der Gemeindearbeiter die notwendigen Lehren gezogen. In all den Fällen, in denen durch einen Streik die Gesamtheit der Berliner Arbeiter- und Angestelltenschaft in Mitleidenschaft gezogen wird, muß ihren berufenen Vertretern zuvor die Möglichkeit gegeben werden, ein Wort mitzureden. Das ist so selbstverständlich im Interesse der Gesamtheit wie auch der erfolgreichen Durchführung unvermeidlicher und berechtigter Streiks, daß kein vernünftiger Mensch ein Wort dagegen sagen könnte. Ebenso selbstverständlich, daß den kommunistischen Drahtziehern die Gewerkschaftstaktik nicht gefällt. Dies kommt in der „Roten Fahne" von heute morgen denn auch zum Ausdruck in einem Artikel über „Unzeitgemäßen Bureaukratismus".

Die von dem Referenten über die letzten Streiks in der erwähnten Versammlung vorgelegten Richtlinien für die Vorbereitung und Führung der künftigen wirtschaftlichen Kämpfe sind entgegen der Behauptung der „Roten Fahne" noch nicht beschlossen, sondern stehen noch zur Diskussion in der Fortsetzung der Plenarversammlung am kommenden Montag. Das Kommunistenblatt veröffentlicht die beantragte Entschließung und hebt in Fettdruck die ihm am wenigsten behagende Bestimmung hervor:

„Streiks dürfen erst dann beschlossen werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind."

Dieser alte gewerkschaftliche Grundsatz hat es der „Roten Fahne" besonders angetan. Es müsse schnell gehandelt werden. Es darf keine Zeit bleiben, über einen Schiedsspruch abzustimmen und wenn beschlossen ist, die Stromlieferung morgens um 4 Uhr zu unterbinden, müssen am Abend zuvor die Straßenbahnen schon um 9 Uhr in den Depots sein. Solche einengenden Bestimmungen führten dazu, daß die Arbeiter noch weit mehr als bisher zum „wilden" Streik greifen. Das wäre nur dann möglich, wenn sich eine Gruppe der Arbeiterschaft mit der Gesamtheit der übrigen Arbeiterschaft absichtlich in Widerspruch setzen wollte. Deshalb gefällt den Leuten, die an solchen Konflikten der Arbeiter untereinander ein Interesse haben, um die Gewerkschaften zu zerrütten, auch die weitere Bestimmung nicht, daß, wenn „eine Gruppe von Beschäftigten gegen den Willen der Organisation in Streik (sogenannten wilden Streik) tritt, keine Ortsverwaltung Streikunterstützung bezahlen darf".

„Laßt alle Hoffnungen schwinden!" — das ist der Schluß, den das Blatt aus diesen Richtlinien zieht, die von der Absicht diktiert seien, „den Gewerkschaftsmitgliedern den Weg zu verrammeln und große Kämpfe so gut wie unmöglich zu machen".

Die Absicht haben die Gewerkschaften freilich nebenbei, der kommunistischen Putschtaktik das Konzept zu verderben, um die künftigen Kämpfe so zu führen, wie sie nach allen gewerkschaftlichen Erfahrungen geführt werden müssen. Sobald die Abstimmung über die Entschließung, die die Richtlinien umfaßt, erfolgt ist, werden wir sie veröffentlichen.

Es ist bestimmt zu erwarten, daß die neuen Richtlinien angenommen und eingehalten werden.

Aus der Etui- und Kartonnagenbranche.

Die in der Etui- und Kartonnagenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Mittwoch abend versammelt, um über die Forderung einer Lohnzulage zu beschließen. Branchenleiter Priemer gab den Bericht. Das in Weimar abgeschlossene Lohnabkommen sieht folgende Spitzenlöhne vor: Facharbeiter 12,60 M., Hilfsarbeiter 11,80 M., Lagerbeiterinnen 7,40 M. und Hilfsarbeiterinnen 7,05 M. pro Stunde. Dieses Abkommen soll bis Ende März gelten. Es ist aber vereinbart worden, daß eine Zulage gewährt werden muß, wenn eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung während dieser Zeit eintreten sollte. Da dieser Fall vorliegt, hat der Vorstand des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter von den Arbeitgebern einen Zuschlag auf die Stundenlöhne verlangt. Wie der Redner weiter mitteilte, hat die Organisationsleitung zur Erneuerung des am 31. März ablaufenden Manteltarifs eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt, während von den Arbeitgebern Anträge vorliegen, die eine Verschlechterung des Tarifs bringen würden. Dagegen müsse entschieden Front gemacht werden.

In der Aussprache wurde von mehreren Rednern erklärt, daß der vorgeschlagene Zuschlag von 3 M. auf die Stundenlöhne viel zu niedrig bemessen sei. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die eine Erhöhung um 40 Proz. und ferner verlangt, daß für alle Akkordarbeiten die bestehenden Tariflöhne als Mindestsätze gelten sollen und daß die von den Arbeitgebern beabsichtigten Streichungen verschiedener Bestimmungen des Manteltarifs abzulehnen sind. Ferner wird gefordert, daß während der Verhandlungen eine größere Summe als Abschlagszahlung zu leisten ist.

Neuwahlen im Deutschen Portierverband.

Die Funktionäre des Deutschen Portierverbandes (Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiterverbandes) waren am letzten Sonntag im Gewerkschaftshaus versammelt, um zur Neuwahl der Sektionsleitung Stellung zu nehmen. Sektionsleiter Leube gab den Geschäftsbericht. Nach längerer Diskussion wurden Vorschläge zur Wahl gemacht. Als 1. Sektionsleiter wurde von sämtlichen Branchen Leube vorgeschlagen, als 2. Sektionsleiter von vier Branchen Wieloch und von zwei Branchen Kurgas. Mit großer Mehrheit entschieden sich die Funktionäre für Wieloch. Als 1. Schriftführer wurde Bayer, als 2. Walterstein vorgeschlagen. Für die Bezirksverwaltung wurden die Kollegen Diekert und Fiedler vorgeschlagen.

Die Wahl ist Sonntag vormittag ½10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Pflicht aller Mitglieder ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbücher und Karten sind am Saaleingang vorzuzeigen.

Die Maschinenfabrik Fr. Schwabenthan u. Gomann, Berlin, Chausseestr. 38, schreibt uns zu den Angaben ihrer streikenden Arbeiterschaft, die der „Vorwärts" am Mittwochmorgen unter der Ueberschrift brachte: „Von Kriminalbeamten beschützte Streikbrecher" folgendes:

Es ist unwahr, daß von dem Mitinhaber unserer Firma, Herrn Ernst Gomann, unserer jetzt streikenden Arbeiterschaft eine Zulage von nur 25 Pf. pro Stunde angeboten worden ist. Bereits vor dem 15. Januar habe die Firma ihre gesamte Arbeiterschaft über den Tarif des Verbandes Berliner Metallindustrieller hinaus entlohnt. Am 1. Februar sei eine Lohnerhöhung von 1,50 M., rückwirkend bis 15. Januar, gefordert und abgelehnt worden. Jedoch wurde der Arbeiterschaft eine weitere Lohnerhöhung von 1,55 und 0,25 Mk., also 1,80 M. pro Stunde ab 1. Februar zugesichert. Unter dem Drucke linksradikaler Elemente habe die Arbeiterschaft sich damit nicht einverstanden erklärt, sondern sei in den Streik getreten. Eine Verhandlung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ist von uns nicht abgelehnt worden.

Es ist unwahr, daß die bei uns bereits wieder arbeitenden Leute von Kriminalbeamten nach der Arbeitsstätte begleitet werden. Die über unseren Herrn Gomann gebrachten persönlichen Bemerkungen sind frei erfunden."

Der Weg zu Verhandlungen scheint also frei zu sein.

Auch der „Komba" (Verband der Kommunalbeamten und -angestellten Preußens) ist in Berlin nicht mehr zufrieden. Der Gang der Verhandlungen bei den Beratungen über die Besoldungsordnung der Kommunalbeamten und -angestellten habe einen Verlauf genommen, der erkennen lasse, daß diese Beamten der Stadtgemeinde Berlin gegenüber den Reichs- und Landesbeamten trotz der Gesetze vom 8. Juli und 21. Dezember 1920 schwer benachteiligt werden sollen. In einer Versammlung am Dienstag nachmittag 4 Uhr in der „Neuen Welt" soll gegen die beabsichtigte Eingruppierung der Kommunalbeamten und Angestellte Berlins protestiert werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Cöpenick. Sonnabend, abends 7½ Uhr, bei Stippekohl, Schönerlinder Str. 5. Versammlung aller Branchen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Bücher, die jeder Parteigenosse lesen muß!

PARVUS Der wirtschaftliche Rettungsweg
Parvus gibt in gedrungenster Form eine erschöpfende Analyse, zugleich eine überwältigende Synthese der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. An den internationalen Wirtschaftszusammenhängen zeigt er das unaufhaltsame Hereinbrechen der Weltkrise. Dann aber weist Parvus, der deutsche Keynes, den Weg zur Rettung nicht nur Deutschlands, sondern auch der Welt.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 4 Mark

SCHEIDEMANN Deutschland in der Welt voran!
Eine Rede, gehalten am 30. Januar 1922 im Reichstag
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 3 Mark

BERNSTEIN Das Görlitzer Programm der SPD. Deutschlands
„Volkswacht" für Schlesien: Neben Kautskys in vielen Abschnitten immer noch überaus anregender und lehrreicher Schrift über das Erfurter Programm wird Bernsteins bescheideneres, aber heute durch kein anderes ersetzbare Büchlein bald seinen festen Platz in jeder sozialdemokratischen Bibliothek haben.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 7,50 Mk.

KUTTNER Warum versagt die Justiz?
„Sächsisches Volksblatt" vom 30. Dezember 1921: Starke und ergreifende Worte findet der Verfasser für die Notwendigkeit, eine Rechtsprechung zu schaffen, die das Rechtsgefühl des Volkes befriedigt."
„Königsberger Volkszeitung" vom 31. Dezember 1921: Alles in allem, das Werk Kuttner ruft zur Tat.
Für die Parteigenossen! Organisationsausgabe 12 Mark

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3
und durch den Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114

Gurkofix
feinst. Gurkensalat
Ueberall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Mostrich- u. Konservenfabrik
Berlin, Büschingstr. 6

Zahn-Atelier f. modernen Zahnersatz H. Knapp vorm. Penker
Sprechstunden 9—1, 6—6, Sonntags 10—12
Kottbuser Damm 70/71. Telephon: Mpl. 7827

Bei mir
ist jedes Stück mit Preisen versehen
Modellhüte, Hutformen
und sämtliche Zutaten
direkt in Eckstein's Hutfabrik
Invalidenstr. 35, E Chausseest., nur I. E.
Umpressen von Herren- und Damenhüten

Verkäufe

Anzüge, Sommerpaletots, Gummischläuche, Covercoats, Cutaways, Gehrockanzüge, Gummimäntel, Hosen, jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße.

Leihhaus Spiegel, Chausseestr. 1. Gelegenheitsangebot in Anzügen, Schlüpfern, Pelzwaren, Stoffen. Nur beste Qualitäten. Enorm billige Preise. Keine Lombardware.

Sie sparen Geld! Wenn Sie im Leihhaus Humboldt, Gerichtstr. 24, gegenüber der Städtischen Badeanstalt, Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Pelzwaren kaufen. Spottbillige Preise. Keine Lombardware.

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik., stets hervorrag. Neuh. Gr. Ausw. Bill. Preise.
Edmund Voß, Bln-Neukölln
Berliner St. 14, Nähe Hermannplatz. — Tel.: Neukölln 2264
Reparatur. sämtl. Korbwaren

Notgeldsammler
welche über den Wert ihrer Sammlung stets informiert sein wollen, verlang. gegen Einsendung v. M. 4.- portofrei meine „Monatliche illustrierte Preisliste" mit über 150 Abbildungen.
Victor Engelmann, Kiel
Postscheckk.: Hamburg 41712

Möbel-Transporte
In- und Ausland
ERNST BOLDT
Berlin C 54, Untergrundbhf. Schönhauser Tor
Norden 646, 2775, 9414
Berlins größtes Spezial-Geldschrank- u. Maschinen-Transport-Geschäft

3 lehrreiche Hefte über Geschlechtsleiden! Stück M. 2,— Porto extra.
1. Harnröhrenleiden (frisch und veraltet) mit Anhang: Weißfluß d. Frau. 2. Behandlung d. Syphilis. 3. Nervenschwäche bes. Mannesschwäche. Viele Anerkennungen. Zusendung völlig diskret. Schreiben Sie sofort.
Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut G. m. b. H.
Berlin NW 117, Rathenowerstr. 73, Sprechst. 10-1, 4-7

„Vorwärts"-Ausgabestellen sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft * Inseraten-Annahme

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 36, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenpl. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 87, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstraße 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Markusstr. 38. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 63, Lübecker Str. 11. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Frau Schneider, Reinickendorfer Str. 11, Papiergeschäft. Eingang Schönwalder Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Karow und Buch: Heinrich Grase, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Soelmann, Genossenschaftshaus „Sonrabiss".
Buchholz, Blankenburg: Hainke, Buchholz, Bahnhofstr. 24.
Charlottenburg I: Gervinusstr. 1. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Straße 16.
Eggersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Eichwalde-Schmöckwitz: Köthner, Bahnhofstr. 28.
Erkner: Albert Hernicke, Friedrichstr. 31.
Fichtenau: Krachts, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Ullenweiler, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 19.
Halensee, Grunewald: Halensee, Johann-Sigismund-Str. 19.
Hennigsdorf: Emmuist, Rathenaustr. 1.
Hermsdorf: Frau Mamei, Hauptstr. 28.
Hohenschönhausen: Stegerts, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Bismarckstr. 3.
Karlshorst: Frau Stanke, Hentigstr. 22, vorn parterre.
Kaulsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 14.
Königswusterhausen: C. Meyer, Potsdamer Str. 3.
Köpenick, Kietzgarten: Schlag, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 9, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wensel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 8.
Lichterfelde-West: Hindenburgdamm 58.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 22.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Riegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 29/30. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Dartrampf, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Rosenthal: Gozdowski, Niederschönhausen, Treskowstr. 27.
Nowawes: Karl Wassenberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Lenhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 3.
Pankow: Rikmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Frau Leck, Kurfürstenstraße 11.
Rahnsdorf: Leichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Buro, Prinz-Heinrich-Str. 34.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Köhn, Hauptstr. 16.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 34.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 92 a.
Spandau: Lindenufer 34.
Staaken: Bölkel, Eichenwinkel 16.
Steglitz: Eschment, Schildhornstr. 2a.
Südende: Ludwig, Halskestr. 38.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe, Borgsdorf und Heinersdorf: Borsigwalde, Räuschstraße 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Häfel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 1.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Gramenz, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Meyer, Berliner Allee 54.
Gillmann, Carmen-Sylva-Str. 97.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 10, Tübinger Str. 2a.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 49.
Waltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Teltower Str. 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Bebling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.